

1,- DM  
Sonderdruck

# Arbeiterpolitik

14. Februar  
1981

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

# Militärputsch in der Türkei 1980



# Militärputsch in der Türkei 1980

Nach dem Putsch der Militärs in der Türkei, begann die gesamte bürgerliche Presse in der BRD eine einzigartige Lobhudelei auf die türkischen Militärs. Gab es noch kritische bürgerliche Stimmen zu Militärdiktaturen in Südamerika, zu Griechenland und Chile, so blieben sie zum Putsch der türkischen Generäle aus. Die bürgerliche Presse scheute sich auch nicht, unverblümt die Ursachen für diese positive Haltung kundzutun: »Die Feststellung ist trivial, daß unser Nato-Partner Türkei, der eine 610 Kilometer lange Grenze zur Sowjetunion hat, unregierbar sei. Aber die Türkei darf nicht ihrem unheilversprechenden Schicksal überlassen werden. Dieser Staat ist kein Dominostein und darf keiner werden. Die Türkei ist die östliche Stütze der Allianz, ihr Vorposten in einem kritischen, dem Westen immer stärker entrückenden Gebiet. Hätten die Generäle nicht eingegriffen, so wären selbst die pessimistischsten Prognosen über das Schicksal des Landes noch zu gewagt gewesen.« So die »Welt« vom 13. September 1980. Und der Kommentator in der »FAZ« vom selben Datum beeilt sich festzustellen: »Die Bundesregierung hat keinen Anlaß, durch eine unfreundliche Haltung gegenüber Evren für die türkische Linke Partei zu ergreifen. Denn die Hauptgefahr kommt in der Türkei wie unter den Türken in Deutschland von links.«

Unbehelligt von den Ereignissen wird zum Zeitpunkt des Putsches in der Türkei mit Beteiligung der Bundeswehr das Nato-Manöver 'Anvil-Express' abgehalten. Das US-Außenministerium ist über den Putsch vorinformiert und macht auch keinen Hehl daraus. Der Koordinator der Türkei-»Hilfe«, Matthöfer beeilt sich, festzustellen, daß die westlichen Gelder weiterhin fließen werden. Die alten befreundeten bürgerlichen Politiker, ob Ecevit mit der SPD oder Demirel mit der CDU, werden plötzlich wie kaltgewordene Semmeln fallengelassen und für »unfähig« erklärt.

Abgeordnete, wie der SPD-Mann Fellermaier und der CDU-Mann Schwarz werden in die Türkei geschickt, um Verständnis für das Eingreifen der Militärs zu bekunden. »Hat das Morden ein Ende, ist viel gewonnen«, erklärt Brandt in der »Welt« vom 13. September 1980. Die Finanz-, Militär- und Polizeihilfe an die Südostflanke der Nato wird fortgesetzt. Nach dem Putsch schließt die BRD einen Sechshundert-Millionen-DM-Militärkredit mit den Putschisten ab. Das neue Regime in der Türkei will ein neues Paßsystem einführen und alle alten Pässe für ungültig erklären. Politisch bedenkliche Personen sollen mit Hilfe eines Informationsnetzes per Computer keine neuen Pässe erhalten. Das Know-How für den Nachrichtendienst komme bereitwillig von der BRD, rühmten sich die Putschisten.

»Die Türkei ist weder Chile noch Bolivien; auch mit dem Griechenland der Obristen ist sie nicht zu vergleichen«, kommentiert die »Zeit« vom 19. September 1980. Eine heuchlerische »kritische« Stellungnahme zu Bolivien kostet nichts, aber die Bedingungen der Wirtschaftsanierung in der Türkei als Voraussetzung der westlichen Kredite, waren ja ein entscheidender Grund für das Einschreiten der Militärs. So muß man es legitimieren, dadurch, daß man die türkischen Militärs zu »besonnenen Demokraten« erklärt. Außerdem ist die Türkei eine entscheidende Stütze der Nato, ein vorgeschobener Posten in den weichen Bauch der Sowjetunion, während Bolivien weit weg ist. Das Hemd ist einem näher als der Rock.

Zur gleichen Zeit werden in der Türkei die sozialistischen Kräfte und die Gewerkschaften zerschlagen, alle Parteien und Organisationen werden verboten, Massenverhaftungen setzen

ein, Todesurteile werden im Schnellverfahren ausgesprochen und vollstreckt.

Aber auch dies legitimiert die bürgerliche Ideologie: Dadurch sei ja nur der noch schlimmere Bürgerkrieg verhindert worden und die Maßnahmen der Militärs richteten sich ja gegen Links- wie Rechtsextremisten. Insbesondere das Vorgehen der Militärs gegen die faschistische Nationale Aktionspartei MHP und die Verhaftung ihres Führers Türkeş wird ständig hervorgehoben.

Wir als Kommunisten haben keinen Anlaß, das subjektive Wollen der Militärs zu ergründen, als ob Männer nach freiem Belieben Geschichte machen würden. Für uns ist die zentrale Frage, welche Rahmenbedingungen das Handeln der Militärs bestimmen, die ganz konsequent die Organisationen der Arbeiterbewegung zerschlagen, gleichzeitig aber vereinzelt faschistische Funktionäre festnehmen. Es gilt, nicht an der Oberfläche stecken zu bleiben, es geht darum, die Frage nach dem Charakter des Putsches zu ergründen, zu untersuchen, wie sich bürgerliche Politik bei dem gegebenen Stand der Klassenkräfte durchsetzt und welche Konsequenzen die Arbeiterbewegung in der Türkei daraus ziehen muß. Aus diesem Grunde ist es notwendig, als Grundlage des Putsches die ökonomische Situation vor dem Putsch, die Klassenkämpfe und die Auswirkungen auf die parlamentarische Herrschaftsform zu analysieren. Die Auseinandersetzungen innerhalb des herrschenden bürgerlichen Blocks vor dem Putsch müssen dabei auch mit einbezogen werden, da nur so die ökonomischen Interessen, die hinter dem Putsch stecken, deutlich werden.

## Der wirtschaftliche Bankrott

Immense Inflationsraten, ständige Preissteigerungen, eine Auslandsverschuldung von 18 Milliarden Dollar, hohe Arbeitslosigkeit kennzeichnen die ökonomische Situation der Türkei seit einigen Jahren. Die Inflationsrate 1980 beträgt über 100%, ca. jeder dritte arbeitsfähige Türke ist arbeitslos. Verbunden mit dieser Situation ging eine ständige Verelendung der Bevölkerung einher. Die Deviseneinnahmen der Türkei decken noch nicht einmal die zu bezahlenden Ölimporte, die Folgen dieses Zustandes hat die Bevölkerung bereits letzten Winter zu spüren bekommen — außer Ministerien, Krankenhäusern und den Nobel-Villen der Reichen wurden keine Gebäude beheizt. Und Anatolien hat einen harten Winter mit Temperaturen bis zu minus 30 Grad.

Die Importe, die die Türkei tätigt, machen das mehrfache der exportierten Waren aus. »Der kranke Mann am Bosphorus« ist ohne Stützung des Westens nicht mehr überlebensfähig.

Die Grundlagen für den gegenwärtigen Zustand der türkischen Ökonomie müssen in der vom Ausland abhängigen kapitalistischen Entwicklung gesucht werden. Unter Beteiligung von ausländischem Kapital wurde eine Industrialisierung vorangetrieben, die entscheidend geprägt ist durch Industriezweige, die langlebige Konsumgüter produzieren und binnenmarktorientiert sind. Diese Betriebe, die techno-

## Inhaltsverzeichnis

Militärputsch in der Türkei 1980 .....	2
Einige Anmerkungen zur Entwicklung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der Türkei .....	7
Wie DGB-Bürokraten Solidarität mit Türk-Is-Bürokraten organisieren .....	11
Warum haben die türkischen Faschisten Einfluß bei den Arbeitern (aus Arbeiterpolitik Nr. 7/1980) .....	14

<sup>1</sup> Doch inzwischen ist diese Lobhudelei einer vorsichtigeren Betrachtungsweise gewichen.

**Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.**

## Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Gunter Kuhlmann · Herstellung und Vertrieb: GFSA · Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V. Postfach 1502 47 · 2800 Bremen 15



- \* US logistische Einheit
- ⊙ US Militärmission
- ⊙ US Horchposten
- ⊞ NATO HQ Südost (Hauptquartier)
- ⊞ NATO HQ Nordost
- ▲ NATO Frühwarnposten
- ◆ US nukleares Luftwaffenlager
- ⊞ US nukleares Heerwaffenlager
- ⊞ NATO Nuklearwaffenlager
- ⊞ NATO taktisches Luftwaffen HQ
- ▲ NATO Geschützstation

logisch auf einem relativ rückständigen Niveau arbeiten, und deren Waren auf den ausländischen Märkten gar nicht konkurrenzfähig sind, konnten sich durch die hohe Schutz-zölpolitik der Türkei Extraprofite sichern. Sie weisen einen hohen Konzentrationsgrad auf, z. B. Metallverarbeitung oder Chemie. Es sind die Industriebereiche, in die vorzugsweise ausländisches Kapital strömte und wo die türkischen Militärs über ihren Konzern OYAK erhebliche Beteiligungen haben. So ist z. B. Renault-Türkei-Automobilwerke ein OYAK-Konzern. Und alle höheren Offiziere sind per se Aktienteilhaber.

Schwachpunkt der Industriestruktur ist, daß sie Rohstoffe und Vorprodukte aus dem Ausland importieren und in Devisen zahlen muß, gleichzeitig aber aufgrund der technologischen Rückständigkeit gar nicht in der Lage ist, auf ausländischen Märkten zu konkurrieren. Ein Beispiel: Die Herstellungskosten für einen Kühlschrank belaufen sich auf 340 Dollar. Der Verkaufspreis in der Türkei beträgt 440 Dollar und ein sehr geringer Prozentsatz wird vom Unternehmen zum Preis von 191 Dollar exportiert.

Betrachtet man die Exportbilanzen der Türkei, so machen landwirtschaftliche Produkte immer noch ca. 60% des Gesamtexportes aus, und der Industriewarenexport wird entscheidend nicht durch die oben skizzierten Industriezweige bestimmt, sondern durch die Textilindustrie, die seit jeher exportorientiert ist. Die Entwicklung auf dem Weltmarkt, die schwere Absetzbarkeit agrarischer Produkte, die steigende Preisentwicklung der Importwaren, die die verarbeitende Industrie benötigt, verbunden mit den steigenden Ölpreiserhöhungen, haben der türkische Ökonomie den Rest gegeben. Wobei noch anzumerken ist, daß unter dem Druck multinationaler Energiekonzerne die Abhängigkeit der Industrie von Erdöl forciert wurde.

In der Vergangenheit wurde die Energiegewinnung einseitig auf Öl aufgebaut, statt vorhandene eigene Energiequelle wie Wasser oder Kohle zu nutzen.

Nur die Milliardenkredite des IWF (Internationaler Währungs-fond) haben den endgültigen Kollaps vorläufig verhindert. Doch vor ihrer Vergabe wurden Bedingungen an die

Türkei gestellt. »Korrektur von wirtschaftlichen Fehlern der Vergangenheit«, so Matthöfer, (FR 2. 7. 1980) nannte man dies. Als ob die Ursache der Krise in »Fehlern« liegen würde und nicht in der verkrüppelten Industriestruktur der Türkei, die die kapitalistische Entwicklung selber hervorgebracht hat. »Exportorientierung« hieß die Wunderwaffe, und in diesem Sinne wurde auf Geheiß des Internationalen Währungsfonds von der Demirel-Regierung im Januar 1980 ein Maßnahmenpaket verabschiedet. Abwertung des türkischen Pfunds um 50%, Drosselung der Importe, Aufhebung der Subventionen für die staatlichen Betriebe KIT (öffentliche Wirtschaftsunternehmen) und ihre »Kostenorientierung«, Neugestaltung der Kreditvergabe und der Zinssätze, und besondere Erleichterung für exportierte Unternehmen. Unmittelbar nach Bekanntgabe des Maßnahmenpaketes gingen die Preise in die Höhe — die der marktentscheidenden Waren des täglichen Bedarfs um mehrere 100% —, »die Inlandsnachfrage sinkt« stellten Ökonomen fest, die Lohnabhängigen erfahren es am eigenen Leibe, mit ihrem Lohn können sie sich nichts mehr kaufen. Zuwenig um zu leben, zuviel um zu sterben.

Es kommt nicht von ungefähr, daß das Memorandum der Militärs mit der Aufforderung an die Regierung und die bürgerlichen Parteien, härter durchzugreifen, in die Vorbereitungsphase vor der Durchführung des wirtschaftlichen Maßnahmenpaketes von Januar 1980 fällt, und unmittelbar nach Verkündung der Abwertung um 50% vom 24. Januar 1980, Stück für Stück neue Repressionsgesetze im Rahmen des »Maßnahmenpaketes gegen Anarchie« verabschiedet werden. Sie waren bereits von der Ecevit-Regierung vorbereitet worden, von der Demirel-Regierung wurden sie durchgeführt. Die Wirtschaftsmaßnahmen der Demirel-Regierung im Verlauf des Jahres 1980 bis zum Putsch treffen im Übrigen nicht nur die Lohnabhängigen, sondern ebenfalls den gesamten Mittelstand, die kleinen Unternehmen und Händler, sowie die Klein- und Mittelbauern. Die Verteuerung der Agrarprodukte, die staatlicherseits abgekauft wurden, hält der Verteuerung der Industrieprodukte nicht stand. Die Preisrelation auf dem türkischen Markt zwischen Industrie- und Agrarprodukten verschlechtert sich ständig zu Ungunsten der agrarischen Produkte. Setzt man die Relation März 1978 100 zu 100, so beträgt sie im September 1979 bereits 71,2 zu 100. Die Abwertungen im Verlauf des Jahres 1980 haben den Prozeß noch weiter vorangetrieben. Die staatlichen Einkaufspreise für Agrarprodukte des Jahres 1980 sind um 80—100% erhöht worden. Die Lage der Klein- und Mittelbauern ist trotzdem trostlos. Allein im Verlauf der Preiserhöhungen nach dem 24. Januar 1980 ist Heizöl um 100%, Diesel um 120%, Elektrizität um 250% und Dünger gar um 400% gestiegen.

Die Freigabe der Zinssätze der Banken im Juni 1980 traf ebenfalls die mittelständischen Unternehmer hart. Diese Maßnahme übrigens hatte entscheidende Auswirkungen auf die Gerechtigkeitspartei AP, die innerhalb ihrer eigenen Reihen auf erbitterten Widerstand traf. Wir werden darauf noch im Zusammenhang der Zersetzung des parlamentarischen Regimes eingehen. Hauptmotor in der Demirel-Regierung für die Durchsetzung dieser Maßnahmen war Turgut Özal, ehemals Chef des Arbeitgeberverbandes Metall (MESS), jetzt Wirtschaftsexperte der Putschisten in der Regierung. Es ist im übrigen nicht so, daß Matthöfer und Co.,



Schützenpanzer in Istanbul

als sie der Demirel-Regierung das Sanierungsprogramm als Bedingung westlicher Kredite aufoktroyierten, sich nicht der sozialen Explosivkraft dieser Maßnahmen bewußt gewesen wären. Nach Verkündung des Januar-Paketes sagte Matthöfer: *»Die schlechte ökonomische Lage in der sich die Türkei befindet, kann für dieses Land, wie auch für die NATO, schlechte Ergebnisse bringen. Aus diesem Grund muß der Türkei neben ökonomischer auch militärische Hilfe geleistet werden.«* (Matthöfer nach seinem Türkei-Besuch am 22. 2. 1980, TAZ vom 1. 4. 1980) Der Putsch war nur letztendliche Konsequenz, als die parlamentarisch-bürgerlichen Parteien mit der Lage nicht fertig wurden. Wir wollen im folgenden die Zersetzung der bürgerlich-parlamentarischen Parteien und des Parlamentarismus angesichts der Wirtschaftskrise nachzeichnen, die den politischen Boden für die erfolgreiche Durchführung des Putsches abgegeben hat.

## Zersetzung des Parlamentarismus

### a) Der Niedergang der Sozialdemokratie

Nach den Wahlen von 1973, im Anschluß an die zweijährige Militärherrschaft, die allerdings parlamentarisch gestützt wurde, erlebte die politische Mobilisierung in der Türkei ihren Höhepunkt. Die gesellschaftliche Opposition, die nach Veränderungen strebte, hoffte auf den, von der Sozialdemokratie propagierten reformerischen Weg zum Sozialismus. Es wurde der größte Wahlsieg der CHP (Republikanische Volkspartei) seit es freie Wahlen in der Türkei gibt. Ecevit war Symbolfigur dieser neuen Entwicklung, die nach Systemveränderung strebte. Hunderttausende jubelten Ecevit zu, als er auf Wahlkampfveranstaltungen erklärte: *»Eine Türkei ohne Ausbeuter und ohne Ausgebeutete«*, als er eine Liberalisierung des türkischen Strafgesetzbuches versprach, um die türkischen Kommunisten zu legalisieren. *»Unsere Hoffnung: Ecevit«*, schrien die Massen. Aber auch die Sozialdemokraten konnten nur die kapitalistische Krise verwalten, und da nunmal der bankrotte türkische Kapitalismus keine Konzessionsmöglichkeiten an die Arbeiterschaft bieten konnte, sind die Hoffnungen und Erwartungen in den Jahren sozialdemokratischer Regierungstätigkeit zerstört worden.

Ecevit legalisierte nicht die türkische KP, er wirkte mit an der Schaffung neuer repressiver Anti-Terror- und Polizeigesetze. Als Premier erklärte er Arbeitsniederlegungen des Gewerkschaftsverbandes DISK gegen die faschistische Gefahr für illegal und ließ die Staatsanwaltschaft gegen sie ermitteln. Aus seinen Versprechungen wurde nicht Wirklichkeit, sondern ein Trümmerhaufen. Die Massen, insbesondere die Arbeiterschaft, die ihm 1973 noch gefolgt war, wandte sich von ihm ab. Deutlich wird dies, wenn man bedenkt, daß die Massenorganisationen, die ein entsprechendes Wählerpotential der Sozialdemokratie ausmachen, wie Gewerkschaften, Lehrerverband, Beamtenverband etc. alle links von der Sozialdemokratie stehende Führungen hatten.

Die radikale Linke in ihrer Zerstrittenheit war nicht in der Lage, das durch die Sozialdemokratie hinterlassene politische Vakuum auszufüllen. Ecevit pflegte den Arbeitern immer zu sagen, geht nicht zu weit. Eure außerparlamentarischen Aktionen schwächen nur unsere Position. Überlaßt den Kampf gegen den Faschismus uns, der Regierung, dem Parlament. Er spielte geschickt auf die Gefahr eines Militärputsches an, die drohe, falls die Arbeiterschaft eigenständig den antifaschistischen Kampf führe.

Die Sozialdemokratie hat versucht, die Arbeiterschaft mit dem »Argument« hinzuhalten, daß die wirtschaftliche Krisensituation es nicht erlaubt, eine Erweiterung der demokratischen Rechte vorzunehmen. So erwies sich die Sozialdemokratie — 73 noch als Champion für die Erweiterung politischer Rechte angetreten — in der Regierungsverantwortung als Initiator von Repressionsgesetzen. Sie konnte die Arbeiterschaft nicht mobilisieren, da deren Bewegung über den Rahmen der bürgerlichen Ordnung hinausgegangen wäre. So blieb ihr nichts anderes übrig, als an die anderen bürgerlichen Parteien, insbesondere die Gerechtigkeitspartei AP zu appellieren, gemeinsam der wirtschaftlichen Krise und des faschistischen Terrors Herr zu werden, damit der bürgerliche Staat und die bürgerliche Demokratie gerettet würden.



Verhaftungen während der Ecevit-Regierungszeit

Während der Zeit der Demirel-Regierung bis zum Putsch, hat sie ständig der Gerechtigkeitspartei AP eine breite Regierungskoalition angeboten. Selbst bei der Ermordung ihrer eigenen Parteimitglieder kapituliert sie: Der Staatsminister Orhan Eren in der Demirel-Regierung gab anlässlich der Ermordung einiger CHP-Funktionäre ein Interview an Journalisten. *»Die Ermordeten sind keine normalen CHPler. Falls ich ihre Aufmerksamkeit darauf lenken kann, die normalen CHPler werden sowieso nicht umgebracht.«* Das war die einzigartige Provokation. Und als eine Trauerkundgebung vor dem CHP-Parteizentrum anlässlich der Ermordung eines hohen CHP-Funktionärs aus Nesehir in Ankara stattfindet, tut sich der CHP-Vorstand und ihr Redner Ecevit dadurch hervor, daß er die versammelte Masse, die *»Nieder mit dem Faschismus«* ruft und eine Demonstration durch die Stadt fordert, zum Schweigen bringt, und ihr *»Fügt euch den Regeln«* zuruft. Die Mehrheit der Versammelten bildet trotz der Appelle Ecevits eine Demonstration. Ecevit übt sich statt dessen darin, die gemeinsamen bürgerlichen Interessen zur Gerechtigkeitspartei hervorzuheben und eine breite Regierungskoalition zu fordern. *»Um eine gemeinsame Haltung gegenüber der Anarchie und dem Terror einzunehmen, ist die Regierungs-Verantwortung zusammen zu tragen. Eine breitgetragene Regierung ist nicht nur der Ausweg für unsere Demokratie, unseren Staat, unsere Nation, sondern auch für die Gerechtigkeitspartei. Wir glauben daran. Falls dies aber nicht erfolgt, eröffnen sich neue Wege, daß diese Regierung ihr Ende nimmt.«* (Cumhuriyet vom 30. 5. 1980)

### b) Die Gerechtigkeitspartei AP

Nicht nur die Sozialdemokratie verliert ihre entscheidende Stütze, die Arbeiterschaft, ebenfalls die Gerechtigkeitspartei kann ihre Rolle als Mittlerin im bürgerlichen Block nicht mehr wahrnehmen. Kleinere Kapitalfraktionen müssen ausgeschaltet werden, das ist Konsequenz der Bedingungen, die der Internationale Währungsfonds gestellt hat, und die Gerechtigkeitspartei muß — selbst um den Preis, ihre eigene Basis zu enttäuschen — diese neuen Maßnahmen durchsetzen. Sie kann sich ebensowenig wie die Sozialdemokraten der Logik der kapitalistischen Entwicklung entziehen.

Um die Lage zu veranschaulichen genügt es, auch hier eine kompetente Figur zu zitieren, den Vorsitzenden der Istanbuler Industrie-Kammer Muratza Celikel, der die kleinen und mittleren Unternehmer vertritt. Anlässlich der Maßnahme der Demirel-Regierung, die Zinssätze der Banken freizugeben, was dazu führte, daß die Kreditaufnahme kleinerer Händler und Unternehmer bei den hohen Zinssätzen unmöglich gemacht wurde, sagte Celikel auf einer Tagung der Istanbuler Industriekammer: *»Mit diesen Beschlüssen des Staatssekretariates Turgut Özal, der eindeutig Sprecher und Praktiker der großen Holdings ist, wird die Ökonomie in die Hände von 20 Familien geraten ... Es ist offenkundig geworden, wessen Interessen Özal vertritt. Was wir nicht verstehen, ist, daß die Regierung und die Gerechtigkeitspartei diesen Beschlüssen Özals entspricht. Dies ist erstaunlich, weil die Gerechtigkeitspartei durch diese Beschlüsse den Mittelstand, der ihr die*



Der ermordete Vorsitzende der Metallarbeitergewerkschaft MADEN-Is, Kemal Türkler

Stimmen gibt, vernichtet. Es wird interessant, wie sie dies der Basis erklären wird.« (vom 11. 6. 1980)

Vielleicht versteht dieser Herr nach dem Putsch besser. Die Putschisten haben nicht wie die bürgerlich-parlamentarischen Parteien große Legitimationsschwierigkeiten.

### Die faschistische Bewegung

Die Zersetzung des Parlamentarismus war auch Grundlage für das Erstarren der faschistischen Bewegung und des politischen Terros. Den politischen Terror kennt die Türkei allerdings schon lange, Mordanschläge auf führende Persönlichkeiten der Linken, wie die Ermordung Kemal Türklers, des Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaft, sind an der Tagesordnung. Dennoch muß eine Unterscheidung vorgenommen werden zwischen individuellem Terror gegen Linke und kollektiv begangenen Massenmorden. In letzteren Fällen waren es nicht ein paar faschistische Mörder, sondern fanatisierte faschistische Massen, die ein Blutbad anrichteten, ganze Stadtviertel verwüsteten und in Brand steckten. Malatya, Kahramanmaraş und zuletzt Corum sind Beispiele für solch begangenen kollektiven Massenmord. Klarheit über die Grundlagen der faschistischen Massenbasis in dieser Region schafft erst die Voraussetzung das Terrorproblem zu lösen und nicht der Hinweis auf »extremistische Ideen«.

### Die Klassenbasis des türkischen Faschismus

Alle politisch motivierten Massenmorde und größere Aktionen, wo die faschistische Nationale Aktionspartei (MHP)-Massen in Bewegung setzen konnte, spielten sich im geographischen Dreieck Corum-Erzurum-Gaziantep ab, welches in Mittelanatolien gelegen ist. Es sind die Regionen, wo bei Wahlen die Nationale Aktionspartei MHP die relativ meisten Stimmen erhält, was aber noch keineswegs ihre endgültige Stärke ausdrückt. Viele Wähler in dieser Region sind noch bereit, der Gerechtigkeitspartei AP bei Wahlen zu folgen, die die Religion, den Antikommunismus und Nationalismus bei Wahlen thematisieren kann. Wenn es aber um außerparlamentarische Bewegung, um Inszenierung von Aktionen geht, stellt die Gerechtigkeitspartei AP im Vergleich zu der über ein hervorragend gutes Organisationsnetz mit paramilitärischen Schlagtruppen verfügende Nationale Aktionspartei MHP ein Nichts dar.

Das Gebiet, welches im Dreieck Corum-Erzurum-Gaziantep liegt, weist bezüglich der vertretenen religiösen Richtungen und Nationalitäten und bezüglich der ökonomischen Verhältnisse zur Rest-Türkei Besonderheiten auf. Lebt in der Westtürkei hauptsächlich eine türkische Bevölkerung und in der Osttürkei eine kurdische Bevölkerung, so zeichnet sich Mittelanatolien gerade durch die paritätische Verteilung beider Nationalitätengruppen — Türken und Kurden — aus. Die großen religiösen Richtungen im Islam, Sunniten und Alawiten (aus der Richtung des Schiitismus hervorgegangen) sind nahezu gleichstark in dieser Region vertreten, wobei die türkische Bevölkerungsgruppe in der Regel sunnitisch und die kurdische Bevölkerungsgruppe in der Regel alawitisch ist.

Die sunnitische Bevölkerungsgruppe hat seit dem osmanischen Reich zur herrschenden Klasse gehört. Diese in der Türkei ökonomisch rückständigste Region mit halbfeudalen Strukturen ist im letzten Jahrzehnt sehr stark durch die kapitalistische Entwicklung erfaßt worden. Die Produktions-

formen wandelten sich. Die Landwirtschaft wurde mechanisiert und nach kapitalistischen Maßstäben bewirtschaftet, der bisher beschränkte regionale Markt wurde in den nationalen eingegliedert.

Die Masse der sunnitischen Oberschicht, insbesondere weite Teile der Handelstreibenden, wurden durch die kapitalistische Entwicklung sozial deklassiert. Nur wenige schafften es, sich mit dem eindringenden Istanbul Kapital zu arrangieren, und sich der Entwicklung anzupassen. Dies war die Grundlage, auf dem sich faschistisches Gedankengut ausbreiten konnte — zurück zu den guten alten vorkapitalistischen Verhältnissen, wo die Istanbul Monopole ihre Existenz noch nicht bedrohten. Die Faschisten haben geschickt die Deklassierung der sunnitischen Bevölkerungsteile aufgegriffen, haben sie gegen die Alawiten aufgehetzt, die angeblich Schuld an dieser Entwicklung waren.

Von Moscheen aus sind fanatisierte Massen aufgerufen worden, in Alawiten-Wohngebieten bei den »Kommunisten« zu morden. Sie haben es erfolgreich praktiziert.

Sivas-Malatya-Kahramanmaraş-Corum: Hunderte Ermordete, selbst die Kinder wurden nicht ausgenommen.

### Die Zersetzung des Staatsapparates

Nicht allein, daß die großen parlamentarischen Parteien aufgrund der ökonomischen Krise ihre Integrationsfähigkeit verloren hatten, auch der Staatsapparat war längst nicht mehr für den bürgerlichen Staat einsetzbar. Die Polizeiverbände, der linke Pol-Der und der faschistische Pol-Bir verfügten über starke Bastionen in der Polizei. Auch deren Verbot merzte nicht die Gedanken in den Köpfen der Polizisten aus. Weite Teile der Beamtenschaft, insbesondere untere Beamte, sympathisierten mit der Linken. Innerhalb der Beamtenschaft bekämpften sich der recht und linke Flügel bis aufs Messer. Selbst Ministerien blieben nicht von politisch motivierten Schlägereien und Schießereien innerhalb der Amtsgebäude verschont.

### Der Widerstand im Arbeitslager

Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Demirel-Regierung im Verlauf des Jahres 1980, die damit verbundenen immensen Preissteigerungen und die Verelendung der Arbeiterschaft trafen auf Widerstand. Vor dem Putsch befanden sich 48 000 Arbeiter im Streik, davon waren 41 000 in DISK-Gewerkschaften organisiert. In entscheidenden Branchen wurden Tarifverhandlungen geführt, die ergebnislos blieben, und eine große Streikwelle wurde erwartet. Die Logik der marktpolitischen Sanierungsprogramme bedingte, daß keine Konzessionen an die Arbeiterschaft gemacht werden durften, Turgut Özal arbeitete eigens daran, das Unternehmerlager politisch zu formieren. Anlässlich der anstehenden Tarifverhandlungen verschickte er am 25. Juni 1980 ein Schreiben verbunden mit einer Drohung an einzelne Unternehmer, die aus der »Generallinie« aufgrund guter betrieblicher Konjunktur auszuscheren versuchten. Die »Generallinie« heißt Einfrierung der alten Tarifverträge — und dies bei Preissteigerungen um mehrere hundert Prozent.

Zuvor hatte die Demirel-Regierung Erfolg dabei, mit Türk-Is Rahmenrichtlinien zur Begrenzung der Lohnhöhe im Staatssektor zu vereinbaren, aber es war kaum anzunehmen, daß sich die Arbeiter, die in Türk-Is organisiert sind, daran gehalten hätten. Ganz abgesehen davon, blieben die privaten Konsumgüterindustrien, wo die DISK entscheidenden Einfluß ausübt, hiervon unberührt.

Die »Kostenorientierung« der staatlichen Betriebe KIT, die damit verbundene Entlassung tausender Arbeiter traf ebenfalls auf erbitterten Widerstand. Februar 1980 wurde die staatliche Spinnerei Taris in Izmir nach Verkündung tausender Entlassungen durch die Demirel-Regierung, durch die Arbeiter besetzt. Nur durch den Einsatz von 10 000 Soldaten, Hubschraubern und Panzerwagen konnte der Widerstand in Izmir gebrochen werden. Tausende Arbeiter wurden durch Militär ins Sportstadion gefepchert, die Gefängnisse reichten nicht aus.

### Die außenpolitische Bedeutung

Hinzu kommt noch die außenpolitische Konstellation, daß die USA über eine sichere Stütze verfügen müssen, um den »unruhigen« Nahen Osten unter Kontrolle zu halten. Kurz vor

dem Putsch kam es zu heftigen parlamentarischen Debatten anlässlich der Paraphierung eines bilateralen Militärabkommens mit den USA. Die Auseinandersetzungen gipfelten in dem Sturz des Außenministers der Demirel-Regierung, Erkmen, durch die CHP und die islamisch ausgerichtete MSP (Nationale Heilspartei).

Nach dem Putsch zeigte man sich zuversichtlicher. In dem insgesamt höchst interessanten Interview, das NATO-Generalsekretär Luns der Tageszeitung Cumhuriyet gibt, äußerst er sich zur strategischen Bedeutung der Türkei. Cumhuriyet: *«Vergangene Woche haben die NATO-Verteidigungsminister die Bedeutung von ‚Transiterleichterungen‘ für die Verteidigung des Golfes hervorgehoben. Welche Bedeutung spielt die Türkei vom Blickwinkel der Transiterleichterungen?»* Luns: *«Es kann nicht gesagt werden, daß es undenkbar ist, daß in einem bestimmte Moment die USA ein Ersuchen in dieser Richtung stellen. Darüber können wir uns dann Gedanken machen. Allerdings ist es äußerst natürlich, daß ein Land, dessen Interessen in dieselbe Richtung gehen, hier Hilfestellung leistet. Von diesem Gesichtspunkt aus glaube ich nicht, daß irgendwelche Schwierigkeiten auftreten werden.»* (Cumhuriyet 23. Dez. 1980)

### Der Putsch der Militärs

Der Militärputsch am 12. September 1980 kam nicht unerwartet, ja er mußte den logischen Endpunkt der ökonomischen Maßnahmenpakete mit ihren politischen und sozialen Folgen darstellen. Die bürgerlich-parlamentarischen Parteien stehen vor ihrem politischen Bankrott. Sie haben keine Basis mehr. Die Sozialdemokratie hat ihre Sympathien in der Arbeiterschaft verloren, kann keine integrative Rolle mehr spielen, die Gerechtigkeitspartei AP erfüllt ihre Funktion als politische Kompromißpartei innerhalb des bürgerlichen Blocks nicht mehr. Die wachsenden sozialistischen Strömungen gewinnen zwar zunehmend an Einfluß, können aber keine zentrale politische Alternative aufweisen. Ebenso die faschistische Bewegung, die allein auf sich gestellt die politische Macht nicht erringen kann. Sie fordert unablässig im Verlauf des Jahres 1980 die Militärs zum Eingreifen auf, mit der Perspektive, mit ihnen kollaborieren zu können. Die einzig noch intakte Institution des bürgerlichen Staatsapparates, die Armee, greift ein, um die bürgerliche Ordnung aufrechtzuerhalten.

Schon am 1. Januar 1980 hatten die Militärs eine Erklärung verabschiedet, wo sie den politischen Parteien Passivität bei der Ergreifung von Maßnahmen gegen jederlei Bestrebungen, den Staat zu zersetzen, vorwarfen. Die Forderung nach energischen Maßnahmen ergab sich ihrer Meinung nach aus folgenden Beobachtungen: Widerstandsformen der Linken anlässlich des Jahrestages des Massakers von Kahramanmaraş, öffentliches Singen der Internationale und Auftreten



Kahramanmaraş: Flucht vor Faschisten

von Forderern des Seriat Systems (Verfassungs- und Gesetzeskonstruktion, die auf islamischer Weltanschauung beruht. Die Türkei versteht sich als religionsneutraler Staat). Der Vorsitzende der Istanbuler Handelskammer dankte schon damals der Erklärung der Militärs. *«Ihr habt unseren Gedanken ausgedrückt, hoffentlich fügen sich unsere Politiker dieser Warnung.»* Sie taten es nicht.

Der Putsch verlief unblutig und es herrschte unmittelbar nach dem Putsch ‚Ruhe‘ im Land, lobte die bürgerliche Presse. Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß das Militär genau in der

oben beschriebenen gesellschaftlichen Pattsituation eingriff. Indes, das wahre Gesicht der Junta entpuppte sich schnell. Nach offiziellen Angaben der Militärs sind an die 20 000 Personen verhaftet, über hundert Todesurteile sind gefällt, 4 sind bereits vollstreckt, seit dem Putsch sind Hunderte bei sogenannten ‚Operationen‘ ‚umgekommen‘. Die Unterdrückung in Türkisch-Kurdistan erlebte ihren Höhepunkt. Staatlich legitimierte Morde sind an der Tagesordnung. Zählte man vor dem Putsch die Opfer des faschistischen Terrors, so kann man heute die Todesopfer der Militärkommandos zählen.

Hauptstoßrichtung des Putsches ist die Zerschlagung der Arbeiterbewegung, eine der ersten Amtshandlungen der Militärs war es, die DISK zu verbieten und Hunderte ihrer Funktionäre zu verhaften. Streiks sind verboten, nach dem Putsch fortgeführte Streiks wurden durch Militär zerschlagen.

Der »nationale Sicherheitsrat«, die Putschisten mit ihren OYAK-Aktiven in den Safes ihrer Villen, beschließen nunmehr, was die »wahren Interessen« des türkischen Arbeiters sind. Welch ein Zynismus, zu beschließen, daß während des Putsches im Streik befindliche Arbeiter 70% Lohnerhöhung erhalten — übrigens nur ein geringer Teil des Inflationsausgleiches, den die Arbeiter forderten — um ein paar Tage später die staatlich festgelegten Preise von Grundnahrungsmitteln, wie Käse, rigide heraufzusetzen. Bereits vorher waren die Reallohne der Arbeiter erheblich — bis zu 50% im Zeitraum Mai 1979 bis Mai 1980, so Untersuchungen der Sozialversicherung — gesunken. Manchmal kommen auch nach dem Putsch Anzeichen der Lage der Werktätigen zum Vorschein. So berechnete eine Kommission in der Istanbuler Stadtverwaltung, daß der Fleischverbrauch im Laufe des Jahres 1980 um 60% gesunken ist. (Cumhuriyet 8. Oktober 1980)

Aus dem Munde des jetzt stellvertretenden Ministerpräsidenten Turgut Özal, dessen Karriere nach dem Putsch für den »Economist« ein »gutes Omen« ist, hört sich das folgendermaßen an: *«In der Türkei muß jeder die ihm zustehenden Aufgaben erfüllen. Jeder von uns muß sparen. Das türkische Volk wird vielleicht 3-4 Jahre in Mangel leben, aber nach dieser Phase werden wir eine reparierte, gesunde Ökonomie erlangt haben.»* (Cumhuriyet v. 19.10.1980). In derselben Zeitung appelliert Türk-Is Vorsitzender Denizcier anlässlich des Opferfestes an die Arbeiter: *«Die Aufgabe, die unseren Arbeitern zufällt ist, die Produktion zu erhöhen, an den Arbeitsstätten die Arbeit zu intensivieren, einen Beitrag zur Genesung der Wirtschaft zu tragen.»*

*«Haben Sie über die Möglichkeiten des Neuwirkens der verbotenen Gewerkschaften diskutiert?»*

*«Das ist ein Thema, das uns nicht interessiert, deshalb haben wir es nicht angesprochen.»*

Die Antwort des Türk-Is Vorsitzenden Ibrahim Denizcier nach einer Dreierkonferenz mit Ministerpräsident Ulusu und dem Chef der Arbeitgeberverbände Narin am 10. Oktober auf die Frage eines Journalisten (Cumhuriyet v. 11. Oktober 1980)

Parallel zur Zerschlagung der freien Gewerkschaftsbewegung, bedienen sich die Militärs der Zusammenarbeit mit Türk-Is — und dies geht vonstatten, obwohl mehrere sozialdemokratisch ausgerichtete Einzelgewerkschaften innerhalb des Dachverbandes Türk-Is ebenfalls vom Verbot betroffen sind. Sadik Side, Generalsekretär von Türk-Is, übernimmt gleichzeitig den Posten des Arbeitsministers. Die »Nationalisierung« der Gewerkschaften unter staatlicher Kontrolle und Lenkung soll vorangetrieben werden.

Gleichzeitig werden die kleineren Kapitalfraktionen, ohne in die Legitimationsschwierigkeiten parlamentarischer Parteien zu kommen, liquidiert, ebenso wird die Privatisierung der staatlichen Monopole vorangetrieben. Alle Ressourcen sollen für die Exportorientierung der privaten Großunternehmen nutzbar gemacht werden. Schon Demirel redete von der Aufhebung des staatlichen Zigarettenherstellungsmonopols. Die Militärs heben es kurz und bündig per Kabinettsbeschluss auf. Das Skurile liegt darin, daß einer der ersten Großunternehmen, die sich auf diesem Gebiet engagieren der militäreigene OYAK-Konzern ist.

Die direkte Verflechtung der Militärs mit der vom Ausland abhängigen türkischen Industriebourgeoisie mittels des OYAK-Konzerns macht auch ihren Widerspruch zur faschisti-



Militärpatrouillen, die in Arbeitervierteln eingesetzt werden



Sonntägliche Paßkontrollen und Leibesvisitationen in Ankara

schen Bewegung aus. Die Faschisten rekrutieren ein Potential in ökonomisch rückständigen Regionen, die im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung, die die Industriebourgeoisie vorantreibt, deklassiert werden. Das ist der Grund, daß die Militärs — im übrigen sehr dezent — gegen die faschistische Nationale Aktionspartei MHP vorgehen.

Es ist Illusion zu glauben, der militärische Unterdrückungsapparat wäre langfristig in der Lage, die sozialen Widersprüche politisch in den Griff zu kriegen. Die Türkei 1980 ist nicht mehr mit der Türkei beim Eingriff der Militärs 1971 zu vergleichen. Ging es doch damals nur darum, ein relativ schwaches linkes Potential in der Arbeiterschaft zu zerschlagen, wobei sich die Militärs gelegentlich ziviler Rechtsextremisten bedienten. Heute ist die Türkei in zwei verfeindete Lager gespalten, von Wohnbezirk zu Wohnbezirk in der Stadt, von Dorf zu Dorf war die politische Dominanz anders. Wohngebiete unter völliger Kontrolle der Faschisten oder der radikalen Linken waren keine Seltenheit. Putschistengeneral Evren hat das in aller Deutlichkeit erkannt.

„Es hatte viele Provinzen und Orte gegeben, wo separate Verwaltungen existierten. Dort existierte der türkische Staat nicht. Es gab Stadtteilkomitees und Volksgerichte.“ (Rede Evrens am 19. November 1980) Die Türkei stand am Rande des Bürgerkrieges, die Frage, Revolution oder faschistische Konterrevolution, rückte mehr und mehr zur Tagesordnung, die parlamentarischen Lösungen endeten im Bankrott des Parlamentarismus selber. Die Maßnahmen der Militärs nach dem Putsch werden die sozialen Widersprüche nur verschärfen.

Eine in der Geschichte der Türkei einmalige Maßnahme wird ergriffen. Die Grenze des Bodenumfanges landwirtschaftlicher Betriebe, die steuerpflichtig sind, soll drastisch enger gezogen werden, parallel dazu ist eine Agrarreform nach »Produktivitätsgesichtspunkten« in Angriff genommen. Im Klartext heißt das, daß die noch in rückständigen Produktions-

formen arbeitenden Bauern in ihrer Existenz kaputtgemacht werden und nur nach kapitalistischer Rationalität arbeitende, marktorientierte große landwirtschaftliche Betriebe überleben. Es wird insbesondere die rückständigen Regionen in Mittelanatolien treffen — dem größten Einflußgebiet der faschistischen Bewegung. So wird die Grundlage für die Verbreiterung der faschistischen Massenbasis geschaffen, die Militärs legen ihre Hand auf die offene Wunde.

Reicht der militärische Apparat zur Niederwerfung der Arbeiterbewegung nicht aus, werden sich die Militärs schnell der faschistischen Bewegung erinnern. Es sind zwar ökonomische Widersprüche zu ihnen da, aber gemeinsam ist ihre Aufgabe, den kaputten türkischen Kapitalismus am Leben zu erhalten und ihr Haß gegenüber den freien Arbeiterorganisationen.

Die Kollaboration des Militärs mit den faschistischen Kräften ist nichts Neues. Als im Juli dieses Jahres die Faschisten in der Stadt Corum ein Massaker a lá Kahramanmaraş anzettelten, wurden Barrikaden und Milizen gegenüber den faschistischen Angriffen in Wohnvierteln errichtet. Es folgte die Ausrufung des Kriegsrechtes. Militär stürmte die Barrikaden der Antifaschisten und bombardierte ihre Verteidigungsringe. Dann zog sich das Militär zurück. Bewaffnete zivile Faschisten haben den Rest erledigt.

Nichts ist schlimmer für die türkische Linke, als sich jetzt Illusionen über den Charakter der Militärs zu machen, zu glauben, es wäre ein kurzes Zwischenspiel, wonach wieder demokratische Verhältnisse eingeleitet werden. Man soll sich nicht von einzelnen Verhaftungen von Faschisten und dem Verbot des Faschistischen Gewerkschaftsverbandes MİSK durch die Militärs irreleiten lassen. Der Militärputsch war nur Vorspiel der Abrechnung der Konterrevolution mit der sozialistischen Bewegung. Die sozialistische Bewegung muß sich auf eine lange Phase der Illegalität gefaßt machen, ohne den demokratischen Phrasen der Militärs Glauben zu schenken.

## Einige Anmerkungen zur Entwicklung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der Türkei

Eine der ersten Amtshandlungen des Militärs nach dem Putsch war es, alle Streiks zu verbieten. Der Gewerkschaftsverband DISK (Konföderation revolutionärer Gewerkschaften) mit mehreren 100 000 Mitgliedern wurde zerschlagen, die Funktionäre — soweit man sie zu fassen bekam — sind verhaftet und warten auf ihren Militärprozeß. Der andere große Gewerkschaftsverband Türk-İs wurde nicht verboten, seine Funktionäre kooperieren bereitwillig mit den Militärs. Kommissionen sind bereits eingerichtet, man beratschlagt die von den Militärs gewünschte »Nationalisierung« der Gewerkschaften. Der Generalsekretär des Gewerkschaftsverbandes Türk-İs ist gar als Arbeitsminister durch die Putschisten berufen worden.

Daß die Herrschenden diese Maßnahme ergreifen, zeigt, daß sie sich fürchten — fürchten vor einer eigenständigen Klassenbewegung in der Türkei. Indes, der Weg, der in der Türkei zur Herausbildung der Klassenbewegung bis zur Machtübernahme der Militärs geführt hat, war widerspruchsvoll, begleitet von zahlreichen Niederlagen für die türkische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Will man den gegenwärtigen Zusammenhang von Machtübernahme der Militärs und der Situation der Arbeiterklasse in der Türkei erklären, ist es lehrreich, markante Punkte der historischen Entwicklung der Arbeiterklasse aufzuführen. Folgender Beitrag kann zwar nicht eine umfassende Darstellung in diesem Sinne geben, weist aber auf die entscheidenden Erfahrungen hin, wo sich die türkische Arbeiterschaft der bürgerlichen Ideologie, deren Anhängsel sie lange Zeit geblieben ist, entledigen konnte.

1919 begann der Befreiungskampf unter Führung von Mustafa Kemal (Atatürk) gegen die Zerstückelung und Aufteilung der Türkei durch die im ersten Weltkrieg siegreichen imperialistischen Mächte. Es entwickelten sich im ganzen Land Partisanenverbände, Teile der regulären alten osmanischen Armee gingen zur Befreiungsbewegung über, die schließlich siegreich die ausländischen Besatzungstruppen vertreiben und 1923 die türkische Republik ausrufen konnte.

Die kemalistische Führung, die sich im wesentlichen aus alten osmanischen Staatsbürokraten und Offizieren rekrutierte, konnte sich in dieser Phase des militärischen Widerstandes gegen die Fremdherrschaft weitgehender Unterstützung aus allen Klassen sicher sein, durch die in Ansätzen entwickelten türkischen Händler, die gierig auf die Expropriation der griechischen und armenischen Händler (die seit jeher die Handelsgeschäfte im osmanischen Reich führten), nach einem Sieg der nationalen Befreiungsbewegung hofften. Ebenfalls unterstützten die Großgrundbesitzer, die Landwegnahme durch Ausländer befürchteten, die Kemalisten, sowie die Bauernschaft, die über 80% der Bevölkerung ausmachte. Für sie, die, noch in halbfeudalen Zuständen lebend, auch an diese Ideologie gekettet war, bedeutete es der Kampf gegen die ungläubigen Ausländer. Die Arbeiterklasse war erst in Keimformen entwickelt, ihre Zahl wird auf 70 000—80 000 geschätzt. Indes auch sie unterstützte die Befreiungsbewegung, so findet trotz Repressionsmaßnahmen der britischen Besatzungsmacht am 1. Mai 1920 eine Arbeiterdemonstration in Istanbul statt, wo eine »unabhängige Türkei« gefordert wird. Die ersten ernsthaften Organisationsansätze in der türkischen Arbeiterbewegung fallen in diese Phase. Die Gründung der TKP (Kommunistische Partei der Türkei) und diverser kleiner sozialistischer Arbeiterverbände erfolgt in dieser Zeit. Die kemalistische Führung reagiert auf zweierlei Weise auf eigenständige Organisierung in der Arbeiterschaft. Einerseits läßt sie von oben Arbeiterverbände gründen, und zweitens, je näher der Sieg rückt, um so brutalere Unterdrückungsmethoden wendet sie gegen die sozialistischen Kräfte an. So wird 2 Monate nach der Gründung der mit aktiver Unterstützung durch die Komintern gegründeten türkischen Kommunistischen Partei TKP, durch Mustafa Kemal eine offizielle »TKP« gegründet, die der unerlaubten kommunistischen Unterwanderung den Kampf ansagt. So ist in dem Zentralorgan der offiziellen »TKP«, Yeni Gün, zu lesen: *«Jetzt müssen wir für die Interessen des Landes den Provokateuren und Propagandisten, die ohne Einwilligung der Regierung agieren, den Kampf ansagen. Den Bolschewismus können nur die Türken einführen und dann auch nur von oben».* So verkündet denn auch Mustafa Kemal in einem Brief vom Dezember 1920 an Talat-Pasa: *«Und wenn der Bolschewismus notwendig ist, so werden wir ihn einführen».* Ein paar Monate später wird die TKP (Komintern) fast liquidiert, Mitglieder des ZK durch Kemalisten ermordet. Die Illegalität der TKP dauert seit ihrer Zerschlagung Anfang 1921 bis heute an. Nicht von oben gegründete Arbeiterzirkel waren von kurzer Lebensdauer, sie wurden zerschlagen.

Bekannt sind noch die Aktivitäten eines sogenannten »Allgemeinen Istanbul Arbeiterverbandes«, dem Mustafa Kemal »große Anerkennung« zollt, was auch kein Wunder ist, da von ihm bezahlte Personen, Funktionäre, die Leitung innehaben. In einem Bericht dieses »Arbeiterverbandes« 1922 ist zu lesen: *«Im allgemeinen haben die Menschen unseres Landes, ob reich oder arm, nie ihre wertvollen menschlichen Empfindungen aus ihrem Herzen gerissen und waren immer ihrem Glauben, ihrem Vaterland, ihrem Gott und ihrem Propheten verbunden... In dem türkischen Wirtschaftsleben ist nicht wie in Europa ... eine kapitalistische Schicht entstanden.»* Der Verband beschloß 1924, ein Jahr nach Ausrufung der Republik, die Selbstauflösung.

Die kemalistische Bürokratie war ihrem Anspruch nach eine über den Klassen stehende, zum Wohl der gesamten Nation agierende Instanz. Ausdruck hiervon ist auch die Einparteienherrschaft der CHP (Republikanische Volkspartei) bis 1946. Diese kemalistische Ideologie hatte jahrzehntelang weitreichenden Einfluß bis hinein in die Arbeiterschaft. Es kommt nicht von ungefähr, wenn die Militärs in der Türkei bei dem Putsch sich auf den Kemalismus berufen, und es ist sicherlich nicht falsch, von einer Sympathie in rückständigen Teilen der Arbeiterschaft für den Putsch zu reden.

Daß die Kemalisten Jahrzehnte mit dieser Ideologie gut gefahren sind, zeugt nicht zuallerletzt von einer quantitativ und qualitativ unentwickelten Arbeiterklasse.

In der gesamten kemalistischen Phase werden Klassenorganisationen der Arbeiter verfolgt. Das 1925 verabschiedete Takiri-i-Sükun Gesetz, anläßlich des Kurdenaufstandes Seyh Sait im Osten des Landes, dient ebenfalls der Niederschlagung von Arbeiterorganisationen. Vereinzelt, spontan aufflackernden Streiks begegnen die Herrschenden mit Polizei und Militär. 1936 wird die herrschende Praxis auch rechtlich sanktioniert. Aus dem faschistischen Italien werden die Strafgesetzbuchparagrafen 141, 142, ... importiert, die bis heute Gültigkeit bewahrt haben. *«Mit Zuchthaus von 8 bis zu 15 Jahren wird bestraft, wer in der Absicht, die Diktatur einer Gesellschaftsklasse über andere Gesellschaftsklassen zu errichten oder eine Gesellschaftsklasse zu unterdrücken... Vereinigungen gleichgültig in welcher Form oder welchen Namen, organisiert oder zu organisieren versucht... Die Todesstrafe wird gegen diejenigen verhängt, die irgendeine oder alle Vereinigungen der erwähnten Art leiten.»* (Artikel 141 Strafgesetzbuch). Im 1938 verabschiedeten Vereinsgesetz wurden schlicht alle Vereine auf Klassenbasis verboten.

Parallel dazu verfolgen die Kemalisten eine Wirtschaftspolitik, die darauf ausgerichtet ist, eine einheimische Bourgeoisie zu schaffen, die ursprüngliche Akkumulation in der Türkei nachzuvollziehen, einen Transfer von Kapital in den industriellen Sektor zu bewerkstelligen. Wechselhaft erfolgt dies durch staatliche Förderung von Privatunternehmen oder direkte Gründung von Staatsunternehmen, wenn privates Kapital hierzu nicht in der Lage ist. Abgesichert wird dieser Prozeß durch hohe Schutzzölle, die verhängt werden, und durch das Außenhandelsmonopol des Staates. Der Umstand, daß die Türkei am 2. Weltkrieg nicht beteiligt war, sichert der türkischen Industrie, die an beide kriegführenden Seiten Waren verkauft, Extraprofiten. In dieser Zeit erfolgt ein starker Transfer von akkumuliertem Handels- und Agrarkapital in den industriellen Sektor. Werden die Arbeiter in Industriebetrieben, die über 10 Personen beschäftigen, 1927 noch auf 50.000—70.000 geschätzt, so sind es 1951 nach Zahlen des Arbeitsministeriums schon 427.000. (Transportwesen und Verkehr nicht berücksichtigt.)

Die Wirtschaftspolitik der Kemalisten führt zu einem Erstarken des Bürgertums, das zunehmend auch in den politischen Entscheidungsprozeß eingreifen will, und die Periode der zwanziger und dreißiger Jahre, wo es aufgrund seiner Schwäche die politische Herrschaft der kemalistischen Bürokratie überlassen mußte, hinter sich lassen will. Zunehmend wird die Forderung nach »Parlamentarisierung« im bürgerlichen Block laut.

Ausdruck für das wachsende politische Selbstbewußtsein des türk. Bürgertums ist die Einführung des Mehrparteiensystems und die Gründung der DP, der demokratischen Partei 1946, Vorläuferin der Gerechtigkeitspartei AP Demirels. Im Zuge der Parlamentarisierung wird 1946 auch das Vereinsgesetz geändert, wonach Vereinigungen auf Klassenbasis erlaubt werden. Zahlreiche linke Organisationen und Gewerkschaften treten legal auf. Die Phase ist von kurzer Lebensdauer: Als die Republikanische Volkspartei CHP merkt, daß das von ihr eingerichtete CHP-Arbeiterbüro die zahlreichen Organisationen nur sehr beschränkt integrieren kann, werden per Beschluß der Kriegsrechtskommandantur Dezember 1946 die sozialistischen Gruppen und »politisch« wirkende Gewerkschaften verboten; das neue Gewerkschaftsgesetz vom 20. 2. 1947 redet weder von Streikrecht noch von dem Recht der Gewerkschaften Tarifverträge abzuschließen. Ausdrücklich wird den Gewerkschaften aber verboten, politisch zu wirken.<sup>2</sup>

Die ersten freien Wahlen in der Türkei 1950 enden mit einem überwältigenden Sieg der Demokratischen Partei DP über die Republikanische Volkspartei CHP. Die DP ist entscheidend

<sup>2</sup> Kurz vor dem Zustandekommen dieses Gesetzes unter Beihilfe britischer Berater, findet sich in dem offiziellen Organ der Republikanischen Volkspartei CHP, Ulus eine Notiz: *«Als Aufmerksamkeit bei den guten freundschaftlichen Beziehungen (Zwischen Großbritannien und der Türkei) wurden zwei Herren in unser Land geschickt. Sie haben Untersuchungen vorgenommen, haben unser Land kennengelernt. Sie haben die Regionen wo viele Arbeiter beschäftigt sind, besichtigt. Ein Bericht wurde geschrieben und dem Ministerium zugeleitet. Jetzt wird gemäß den Empfehlungen dieser Experten, gehandelt.»*

Repräsentant der agrarisch herrschenden Klassen, der Großgrundbesitzer. Das industriell orientierte Bürgertum ist immer noch Juniorpartner in der Allianz der herrschenden Klassen. Das Wählerpotential, das der Demokratischen Partei zum Sieg verhilft, setzt sich entscheidend aus der Bauernschaft zusammen. Aber es gelingt der Demokratischen Partei auch, angesichts der stetigen Gängelung der Arbeiterorganisationen durch die Kemalisten in der Vergangenheit, das Arbeiterpotential für sich zu gewinnen. In dem Programm der Demokratischen Partei 1949 wurde die Forderung nach Streikrecht aufgenommen. Durch das Fehlen einer eigenständigen politischen Organisation der Arbeiterklasse, werden die Arbeiter als Stimmvieh für die Großagrarien in ihrem Kampf gegen die kemalistische Bürokratie eingesetzt.

Bereits nach dem 2. Weltkrieg zeigt sich die Schwäche der herangezögerten Bourgeoisie, die ohne Stützung des ausländischen Kapitals nicht existenzfähig ist.

Die Teilnahme der Türkei an dem Marshall-Plan und an der Truman-Doktrin kennzeichnen ihre Einbettung in die Interessensphäre des Westens. In der Phase der DP-Herrschaft 1950—1960 werden dem ausländischen Kapital die Tore endgültig geöffnet. 1951 erfolgt die Verabschiedung des »Gesetzes zur Förderung des ausländischen Kapitals«, 1954 des »Erdölgesetzes«, das den multinationalen Erdölkonzernen freie Hand im Land läßt. Auf politischer Ebene äußert sich die Einbettung in den imperialistischen Machtbereich durch die Kündigung des Freundschaftsvertrages mit der Sowjetunion und dem Beitritt der Türkei in die NATO und CENTO. Charakteristikum der fünfziger Jahre ist auch, daß der Prozeß weg vom traditionellen Grundbesitz, hin zu einer Agrarbourgeoisie, einsetzt, was verstärkte Lohnarbeit auf dem Lande und Freisetzung von Arbeitskräften zur Folge hat. Ein Prozeß übrigens, der bis heute anhält und nunmehr auch mit aller Wucht die bislang rückständigsten Regionen (Mittel- und Ostanatolien) erfaßt. Oberflächliche Kennzeichen dieses Prozesses, der entscheidend in den fünfziger Jahren einsetzte, sind die Mechanisierung der Landwirtschaft, erhebliche Zunahme der Traktoren und die Expansion der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Das Versprechen der Demokratischen Partei an die Arbeiter, das Streikrecht gesetzlich zu verankern, wurde nicht erfüllt. In die Phase der DP-Regierung fällt auch die Gründung des Dachverbandes Türk-Is durch zahlreiche Einzelgewerkschaften im Jahre 1952. Zuvor hatte Irwing Brown, Funktionär des US-Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO und Türkei Beauftragter Kontakte mit türkischen Gewerkschaftern aufgenommen. Türkische Gewerkschafter nahmen auch auf Initiative Irwing Browns am Kongreß des AFL-CIO 1951 in den USA teil. Ismail Aras, ein durch die Amerikaner favorisierter Mann, erster Finanzreferent und Vorstandsmitglied des ein Jahr später gegründeten Türk-Is, hielt auf diesem Kongreß eine Rede, die höchst interessant ist und aus der wir einen Auszug veröffentlichen wollen: »Im Kampf gegen den abscheulichen Kommunismus stehen die freien türkischen Arbeiter und die freien amerikanischen Arbeiter auf derselben Seite, und für die Verwirklichung der Ideale der UNO, des Friedens und der Menschlichkeit kämpfen sie Schulter an Schulter in Korea.«

Wie frei der gegründete Dachverband Türk-Is war, zeigt sich daran, daß im ersten Tätigkeitsjahr die Zuwendungen des Arbeitsministeriums mehr als das Dreifache der eingenommenen Mitgliedsbeiträge ausmachten. Die Gelder des AID (Agency for International Development, eine eng mit der CIA zusammenarbeitende US-Entwicklungshilfeorganisation) wurden auch durch das Ministerium verteilt.

Mehrere Gewerkschaften wurden wegen politischer Betätigung oder Streiks verboten und zerschlagen. Daß sich das 1947 verankerte Verbot für Gewerkschaften, sich politisch zu betätigen nur gegen sozialistische Bewegungen richtete, versteht sich von selbst. 2 Demonstrationen, 1950 und 1953, die Gewerkschaften in Istanbul durchführten zur »Verfluchung des Kommunismus« wurden natürlich von den Herrschenden begrüßt.

Insbesondere in den sechziger Jahren, nach Gewährung des Streikrechts und der Tarifautonomie für die Gewerkschaften durch die Verfassung von 1961, verstärkt sich der unmittelbare Einfluß der USA auf Türk-Is. Ab 1962 werden die Gelder des AID nicht mehr mittelbar über das Arbeitsministerium Türk-Is zugeführt, sondern gehen direkt an die Organisation. Es blieb Ecevit vorbehalten, als Arbeitsminister

den juristischen Rahmen für die Erleichterung des Kontaktes und der direkten Geldzufuhr von US-Organisationen an Türk-Is einzuführen. Am 22. Januar 1962 erklärte er anläßlich des Erlasses der Regierung: »Die Beziehungen zu befreundeten Organisationen im Ausland auch bezüglich der Schulungen wird nunmehr Türk-Is selbständig übernehmen. Dies ist ein Zeichen des Vertrauens, das die Regierung den türkischen Gewerkschaften entgegenbringt.«

Betrachtet man beispielsweise die Etats von Türk-Is in den Jahren 1960—1970 wird man feststellen, daß die Zuwendungen des AID (ca. 13 Millionen Türkische Pfund) genausoviel ausmachten wie die insgesamt in dieser Phase eingenommenen Mitgliedsbeiträge. Hinzu kommen noch andere Spenden des Arbeitsministeriums und verschiedener ausländischer Organisationen. Kein Wunder, daß Türk-Is ganze Schulungsreihen veranstaltet, um den NATO-Gedanken dem türkischen Arbeiter nahezubringen.<sup>3</sup>

Es gelingt nicht nur, Türk-Is seit Gründung als festen Bestandteil sozialpartnerschaftlicher Politik einzusetzen, ebenfalls gelingt die Festlegung auf das nationale und militärische Wohl. Letztendlicher Ausdruck hiervon ist die Grundsatzprogrammatische von Türk-Is, die sogenannten 24 Prinzipien, aus denen wir Auszüge zitieren wollen:

»1 - Türk-Is betrachtet die ökonomischen und sozialen Probleme der türkischen Nation als Ganzes. Für die Wohlfahrt und Sicherheit der Arbeiter erachtet er als Voraussetzung die schnelle, gleichgewichtige, gerechte wirtschaftliche Vorwärtsentwicklung der Türkei.

5 - Türk-Is verfolgt eine Politik, die zum Ziele hat, die Ursachen für die Vertiefung der Klassenunterschiede und Klassenkonflikte zu beseitigen und will Gleichgewicht, Frieden und Kooperation zwischen den Klassen herstellen.

24 - Durch die Verbindung des Fleißes des türkischen Arbeiters mit der Kraft unserer Armee soll die Landesverteidigung aus eigenen Quellen erfolgen und unsere Verteidigungskraft soll ohne auf ausländische Hilfe angewiesen zu sein, entwickelt werden.

Darum wird Türk-Is alle Bemühungen unternehmen, damit eine nationale Kriegsindustrie aufgebaut wird.«

(Grundsatzklärung angenommen auf dem 7. Generalkongreß vom 21. April 1968, um den Punkt 24 erweitert auf dem 8. Generalkongreß vom 11. Mai 1970)

<sup>3</sup> Kontakte von Spitzenfunktionären von Türk-Is zu CIA-Agenten werden in der Zeitschrift Counter-Spy nachgewiesen (Counter-Spy, Volume 4, Number 2, spring 1980), Morris Paladino, seit Jahren öffentlich bekannter CIA Agent, war einer der 20 ausländischen Gäste auf dem 11. Gewerkschaftskongreß von Türk-Is 1979. Das Asian-American Free Labor Institute (AAFLI), welches schon Erfahrungen mit dem »Gewerkschaftsaufbau in Südkorea und Südvietnam gesammelt hatte, organisiert seit Jahren Ausbildungskurse für Türk-Is Funktionäre.

## Die Gründung des DISK

Der Streik in den Glaswerken Pasabahce Anfang 1966 war der endgültige Anlaß zur Spaltung des Dachverbandes Türk-Is. Trotz eines Branchentarifvertrages, der für 3 Jahre abgeschlossen wurde, wehrten sich die ca. 2.000 Arbeiter der Pasabahce-Glaswerke dagegen und gründeten Kristal-Is, die



Demonstration anläßlich der Ermordung eines DISK-Gewerkschafters durch Faschisten

versuchte, auf betrieblicher Ebene einen neuen Tarifvertrag abzuschließen. Der Arbeitgeber weigerte sich und verwies auf den Abschluß mit der gelben Gewerkschaft. Nach langwierigen Auseinandersetzungen schließt der Dachverband Türk-Is auf zentraler Ebene erneut einen Vertrag mit dem Arbeitgeberverband und fordert die Arbeiter auf, den Streik zu beenden. Indes, die Arbeiter streiken weiter, der Streik wird zum Präzedenzfall, mehrere Einzelgewerkschaften innerhalb und außerhalb von Türk-Is gründen einen Solidaritätsfonds um die streikenden Arbeiter weiterhin zu unterstützen. Die Unterstützer-Gewerkschaften innerhalb des Türk-Is werden für den Zeitraum von 3 bis 15 Monaten aus dem Dachverband ausgeschlossen. Diese Entwicklung ist Grundlage für die Gründung des Dachverbandes DISK durch mehrere aus dem Dachverband Türk-Is ausgeschlossene sowie durch unabhängige Einzelgewerkschaften. Der Einflußbereich des Dachverbandes DISK ist anfänglich lokal auf den Istanbuler Raum, insbesondere die Metallindustrie beschränkt, der in seiner Gründungsphase nur ca. 80.000 Mitglieder zählt. Grundlage ist eine Kritik der Praxis und Theorie von Türk-Is, kritisiert wird die staatliche Abhängigkeit von Türk-Is, das Annehmen von Geldern ausländischer Staaten und die Konzeption der »Überparteilichen Politik«, die nach Auffassung der DISK die Gewerkschaften zu einem Anhängsel der jeweils herrschenden Regierung degradiert hat. In den ersten Tätigkeitsjahren ist DISK mit der linkssozialistischen TIP (Arbeiterpartei der Türkei) eng verbunden.

Seit der Gründung der DISK hat sich ihr Einflußbereich ständig vergrößert, an Mitgliederstärke war er vor dem Putsch nahezu genauso groß wie Türk-Is, an gewerkschaftlicher Kraft, die er repräsentiert, erheblich stärker als Türk-Is. Der Prozeß des Ausscheidens politisch sozialdemokratisch ausgerichteter Einzelgewerkschaften aus Türk-Is und ihr Anschluß an DISK ist ein Kennzeichen dieses Prozesses, der in den siebziger Jahren schnell vorangetrieben wurde. Bezeichnend ist der Eintritt von Genel-Is (Öffentliche Dienste), einer der größten Einzelgewerkschaften in der Türkei, in die DISK, eine eher sozialdemokratisch ausgerichtete Gewerkschaft, die aber bereit war, — zwar im reformistischen Sinne — gewerkschaftlich zu kämpfen. Die im Sinne eines kämpferischen Reformismus in die DISK eingetretenen Einzelgewerkschaften konnten sogar in den letzten Jahren den Führungsanspruch der mit der Arbeiterpartei der Türkei oder mit der Türkischen Kommunistischen Partei verbundenen Gewerkschafter streitig machen. Bezeichnend ist, daß Abdullah Bastürk, ein aus der Sozialdemokratie kommender Gewerkschafter und Vorsitzender von Genel-Is, zum Vorsitzenden der DISK gewählt wurde. Aufgrund ihrer Erfahrungen in gewerkschaftlichen Kämpfen mußten aber auch jene Gewerkschafter politisch den Bruch mit der Sozialdemokratie und Ecevit vollziehen.

Wir wollen diese Prozesse anhand konkreter Entwicklungen in der türkischen Gewerkschaftsbewegung darstellen.

Angesichts der Wirtschaftskrise in der Türkei 1970 müssen die Unternehmer Reallohnsenkungen bei der Arbeiterschaft vornehmen. Es betrifft auch die großen Industriebetriebe Istanbuls, in denen langlebige Konsumtionsgüter hergestellt werden. In Istanbul befinden sich die größten Industriebetriebe mit einem klassenbewußten Proletariat, das weitgehend in der DISK organisiert ist. In Erwartung auf den Widerstand im Arbeiterlager trafen die Herrschenden Präventivmaßnahmen, die Regierung Demirel versuchte 1970 ein neues Gewerkschaftsgesetz zu verabschieden, wonach die DISK faktisch aufgelöst würde. Auf diese Gesetzesinitiative folgten am 15./16. Juni 1970 machtvolle Aktionen der Arbeiterschaft, hauptsächlich begrenzt auf den Istanbuler Raum, wo sich Widerstandskomitees auch unter Beteiligung von Türk-Is Mitgliedern gegründet hatten. Der Demonstration des Istanbuler Proletariats begegneten die Herrschenden mit der Ausrufung des Kriegsrechtes. Es wurden Barrikaden in Istanbul errichtet. Im Anschluß an die Kämpfe, die militärisch unterdrückt wurden, wurden über 100.000 »Rädelführer« entlassen. Aber die Kämpfe hatten einen Eindruck bei den Herrschenden hinterlassen. Letztendlich wurde das Gesetz durch das Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt.

Angesichts der Wirtschaftskrise und der politischen Reaktionen darauf war die Gerechtigkeitspartei AP in einer Sackgasse. Mit den Mitteln einer parlamentarischen Demokratie war die bürgerliche Ordnung nicht länger aufrecht zu



Linke Studenten demonstrieren 1970 vor der Türkisch-Amerikanischen Handelsbank und dem PAN AM-Büro in Ankara

erhalten. Durch ein Memorandum der Militärs wurde Demirel zum Rücktritt gezwungen, die Militärs bestellten eine von ihnen abhängige, überparteiliche Regierung, die allerdings parlamentarisch gestützt wurde. Wie richtig beschreibt doch Semih Sancar, führender Putschistengeneral in der Phase bis 1973 die Notwendigkeit des militärischen Eingreifens. »Die soziale Bewußtwerdung hatte die Möglichkeiten unserer Ökonomie überschritten.« Es bleibt noch anzumerken, daß die »linken« Kemalisten den Putsch begrüßten. Die Zielsetzung der Militärs, die sozialistischen Kräfte niederzuhalten und ökonomische Kämpfe der Arbeiterschaft zu verbieten, wurde erreicht. Die Arbeiterpartei der Türkei TIP wurde zerschlagen, Streiks wurden verboten. Selbst anhand offizieller Statistiken kann man die Reallohnsenkung bei der Arbeiterschaft nachvollziehen. Die Zerschlagung der DISK als Organisation in ihrer Gesamtheit gelang trotz ständiger Repressionen und Verhaftungen führender Funktionäre indes nicht.

Im Zuge der Parlamentarisierung und Liberalisierung tritt die Arbeiterklasse 1973 wieder offen auf die politische Bühne. Indes, während dabei ist die Republikanische Volkspartei CHP, die Anfang der siebziger Jahre ihren politischen Schwenk zu sozialdemokratischen Positionen machte. Die Arbeiterklasse war zu einer unübersehbaren Kraft geworden, als daß man noch die Ideologie der über den Klassen stehenden kemalistischen Politik aufrecht erhalten könnte.

Die Republikanische Volkspartei CHP, früher Partei der kemalistischen Bürokratie und des kemalistischen Militärs, hatte den Schwenk zu sozialdemokratischen Positionen gemacht. Die in der CHP repräsentierten Kemalisten, die vormals sich als intellektuelle Elite des Landes bei der »Verwestlichung« verstanden hatten, waren durch die gesellschaftliche Entwicklung, durch die Tatsache, daß die Bourgeoisie selbst stark genug war, politische Repräsentanten auf die Bühne zu bringen, an den Rand gedrängt worden. Diese Kleinbürger entdeckten nun plötzlich die Arbeiterschaft.

Es gelingt der CHP bei den Wahlen 1973 die Arbeiterschaft, unter anderem auch weite Teile der DISK, hinter sich zu bringen. Es ist die Zeit der großen Kundgebungen der CHP vor Arbeiterpublikum. »Eine Türkei ohne Ausbeuter und ohne Ausgebeutete.« ruft Ecevit unter stürmischem Beifall der Massen aus.

1976 feiert die DISK erstmalig den 1. Mai in Istanbul mit hunderttausenden Arbeitern als Kampftag der Arbeiterklasse, der als »Frühlings- und Blumenfest« als gesetzlicher Feiertag anerkannt ist. Aber das Istanbuler Proletariat überließ das Blumensammeln den klassenversöhnlerischen Gewerkschaftsbonzen und strömte zum Kundgebungsplatz. Trotz Nichtteilnahme von Türk-Is beteiligten sich weite Teile von Türk-Is Mitgliedern an der Demonstration.

Die zeitweilig anerkannte Praxis des Referendums 1975/1976, d. h. daß die Arbeiter eines jeden Betriebes in geheimer Wahl darüber abstimmen können, welche Gewerkschaft Tarifhoheit besitzt, versetzt dem Ansehen von Türk-Is erheblichen Schaden, da in der Regel DISK-Gewerkschaften das Referendum gewinnen. Das Aufkommen starker Widersprüche sozialdemokratischer Einzelgewerkschaften zur Türk-Is-Führung und teilweise ihr Ausscheiden aus dem Dachverband fällt in diese Phase.



1. Mai 1977

Angesichts der Übernahme politischer Regierungsverantwortung und ihrer Einbettung in die Restaurationsfunktion des bankrotten türkischen Kapitalismus nahmen die Widersprüche der Sozialdemokratie zur organisierten Arbeiterschaft zu. Unter einer sozialdemokratischen Regierung Ecevit wurde beispielsweise am 1. Mai 1979 ein Demonstrationsverbot mittels Kriegsrecht durchgeführt. Und war es nicht Ecevit, der anlässlich einer von der DISK initiierten landesweiten Arbeitsniederlegung gegen den Faschismus von einer illegalen Aktion sprach und die Staatsanwaltschaft ermitteln ließ? Der Bruch in entscheidenden Teilen der Arbeiterschaft mit sozialdemokratischer Politik erfolgte nicht reibungslos, nicht ohne Widersprüche. Größte Schwierigkeit war, daß in der Phase nach 1977, wo die Sozialdemokratie ihre integrative Kraft endgültig verloren hatte, keine politische Organisation, das durch die Sozialdemokratie hinterlassene politische Vakuum auffüllen konnte. Die DISK konnte die Aufgaben, die einer politischen Organisation, einer Partei obliegen, als gewerkschaftliche Kampforganisation nicht übernehmen.

So haben wir nach 1977 zwar eine Arbeiterklasse, die erbittert ökonomische Kämpfe austrägt, aber längst nicht mehr auf politischer Ebene eine vorwärtstreibende Rolle spielen kann. Die Arbeiterbewegung in der Türkei führt ab 1977 nur noch politische Rückzugsgefechte, mit einer der Ursachen dafür, daß sich die konterrevolutionären Kräfte konsolidieren und die faschistische Nationale Aktionspartei MHP in dem von der Sozialdemokratie enttäuschten kleinbürgerlichen Lager eine Massenbasis finden kann.

Eingebettet in den Stand der Klassenkämpfe ist es in diesem Zusammenhang interessant, die Entwicklung der 1. Mai-Demonstrationen zu beobachten. 1977 schießen Bewaffnete unter den Augen der anwesenden Polizei in die Menschenmenge hinein. In dem Tumult, der daraufhin entsteht, rücken Panzerwagen der Polizei an. Hunderte Arbeiter fielen diesem organisierten Massenmord zum Opfer. Die Verantwortlichen werden nicht zur Rechenschaft gezogen. 1979 sorgt das Militär dafür, das Verbot der 1. Mai-Demonstration durchzusetzen und verhaftet trotzdem demonstrierende Arbeiter. Am 1. Mai 1980 konnten die Herrschenden bereits Militärparaden in Istanbul, dem Herzen der Arbeiterklasse der Türkei durchsetzen.

Die vom türkischen Arbeitgeberverband bereits Anfang April 1980 geforderte staatliche Lenkung und Kontrolle der Gewerkschaften wird jetzt nach dem Putsch durchgeführt.

Entlang der bürgerlichen Presse in der Türkei wird der »Nationale« Arbeiter, der in der »Tradition Atatürks« steht und nicht »mit roten Fahnen und Bildern von Ausländern in den Händen« (Putschistengeneral Evren) rumläuft, gelobt. Das Gesudel von der Klassenunabhängigkeit der türkischen Armee wird zum tausendsten Mal durch Rundfunk und Fernsehen den Arbeitern kundgetan.

Aber etwas ist anders geworden im Vergleich zu 1923. Damals konnte diese Ideologie noch weite Teile der Arbeiterschaft beeinflussen, heutzutage weiß die Arbeiterklasse, was es mit solcher Verhöhnung auf sich hat.

## Wie DGB-Bürokraten »Solidarität« mit Türk-Is-Bürokraten organisieren

An dem Putsch in der Türkei haben sich beträchtlich BRD-Politiker die Finger schmutzig gemacht. Matthöfer hat ja immerhin die Bedingungen der Sanierungsprogramme für die türkische Wirtschaft diktiert, die halt nur dann durchgesetzt werden können, wenn die Arbeiter stillhalten. Da muß man halt zuweilen Gewerkschaften zerschlagen — wie nach dem Putsch geschehen. Dickes Lob hat die BRD für ihre weltpolitischen Leistungen in der Türkei von den USA geerntet. Die BRD geht mit gutem Beispiel in West-Europa voran. Da wird in aller Stille nach dem Putsch den Militärs in der Türkei ein 600-Millionen-DM-Militärkredit in den Rücken geschoben. Parallel zu der direkten Unterstützung der Militärs in der Türkei, versucht man die Türken hier politisch in den Griff zu kriegen. Der Visazwang für Türken wird eingeführt, das Asylrecht wird verschärft, da wird — noch vor dem Putsch — auch schon mal ein linker Türke, der aus dem Gefängnis entflohen und in der BRD um Asyl nachbat, abgeschoben und wird der Folter in türkischen Gefängnissen ausgesetzt (SZ 7. Juli 1980). Das auswärtige Amt bescheinigte ja dem Gericht eine Unbedenklichkeitserklärung. Die bürgerliche Presse ist voll von Berichten über starke linksradikale Aktivitäten unter den hier lebenden Türken, in jedem neueren Verfassungs-

schutzbericht nimmt das Kapitel extremistische Türken geraumen Platz ein. Der »heftige, schwer disziplinierbare Volkscharakter« (so das Bundesamt für Verfassungsschutz) sei Grundlage, daß Türken besonders anfällig für extremistische Ideen seien. Und zur gleichen Zeit, als linke Türken in der bürgerlichen Propaganda denunziert werden, macht sich ein Heeresinspekteur Gedanken darum, wie man die Bundeswehr mit Türken aufstocken könnte. »Eine Wehrpflicht für türkische und andere ausländische Arbeitskräfte, die für immer in der Bundesrepublik bleiben wollen, gehört zu den Überlegungen des Bundesverteidigungsministeriums, wie in den Jahren geburtenschwacher Jahrgänge die Sollstärke der Bundeswehr gesichert werden kann.« Im Bundeswehrmanöver »Sankt Georg« sagte Heeresinspekteur General Poeppel vor Journalisten, »es sei keineswegs auszuschließen, daß in späteren Jahren auch die Kinder der Gastarbeiter in den Kreis der Wehrpflichtigen eintreten. Auch die Türkei sei NATO-Land und man könne sich eine Entwicklung denken, wo Wehrdienst nicht mehr »nur national« geleistet wird.« (WAZ 18. September 1980)

Und wo deutsche Politiker praktische Solidarität für türkische Militärs ergreifen und hier Maßnahmen durchsetzen,









